

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/KIX/130

Bonn, den 13. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

2

So uneins wie zuvor

78

Bemerkungen zur Landesversammlung der CSU in München

Von Wolfgang Jansen

3

Die CSU modernisiert sich

49

Ganz und gar keine Bierkeller-Atmosphäre

4

Falsch INFOzmiert

35

Der Ärger mit der Preisbindung

5-6

Sowjetische Offensive an der Abrüstungskonferenz

84

Anstache gegen die westlichen Verteidigungsgrundsätze

Von Pierre Simonitsch, Genf

* * *

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

So uneins wie zuvor

Bemerkungen zur Landesversammlung der CSU in München
von Wolfgang Jansen

"Sage mir nicht, daß Du mit mir in den Grundsätzen einig bist, denn das bedeutet, daß Du mit mir uneinig bist." Dieses Wort stammt von dem früheren amerikanischen Außenminister Marshall. Der Bundestagsabgeordnete Freiherr zu Guttentberg machte es sich in der 129. Sitzung des Dritten Deutschen Bundestages zu eigen. (Protokoll Seite 7976 B.)

Guttentbergs Parteivorsitzender Franz Josef Strauß beteuerte während des Münchener CSU-Parteitags fortwährend, daß er mit dem Bundeskanzler "in den Grundsätzen und Zielen völlig einig" sei. Er bezeugte damit den Wahrheitsgehalt von Guttentbergs Zitat.

Dabei war alles getan worden, um diese Uneinigkeit nach Möglichkeit zu verschleiern. Aus der Überlegung, mit einem deutsch-französischen Zusammenschluß zu beginnen und die anderen europäischen Staaten sich anschließen zu lassen, war zu Beginn des Parteitages ein Angebot an die sechs EWG-Staaten mit der Bemerkung gemacht worden, wenn sich niemand sonst beteiligen wolle, dann eben Frankreich und Deutschland allein.

Nach dem Ausgang der Bonner Kabinettsitzung hatte Ekkardt in einer Grußwort beschwichtigend erklärt, die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers und die Politik des Rückhalts bei den Vereinigten Staaten stünden außer Zweifel. Freiherr zu Guttentberg schließlich hatte das Gelände für Ekkardt weiter mit der Bemerkung abgeräumt: "Kein geringerer als Kennedy habe sich ein einiges Europa gewünscht und Hubert George Bundy, heute noch Berater Johnsons, habe die einseitige Abhängigkeit europäischer Staaten von Amerika beklagt."

Aber Ekkardt weigerte sich, diese Brücke zu betreten. Immer wieder sein vorfabriziertes Redemanscript verlesend, kam er auf die Postversammlung ein und setzte sich so ziemlich mit allen Aussagen in Widerspruch, die bisher von CSU-Seite auf diesem Parteitag zur Europa-Politik gemacht worden waren. Strauß blieb nichts weiter übrig, als seine gegensätzliche Position wenn auch in vorsichtigen Formulierungen zu skizzieren. Sollte er nicht seinen Stellvertreter lieber desavouieren, was ihn kurz zuvor unter dem Beifall der Versammlung gebeten hatte, die von ihm aufgewiesene Politik als Meinung der Gesamt-CSU nachdrücklich zu vertreten.

Zum Beispiel begrüßte Ekkardt jeden Ansatz zur Entspannung in der Hochspannung, es handele sich nicht nur um die Überbrückung wirtschaftlicher Schwierigkeiten in der Sowjetunion. Strauß hin-

gegen hält eine Entspannung nur für möglich, wenn die Ursache der Spannung, nämlich die Spaltung Deutschlands, beseitigt wird. Erhard sieht im deutsch-französischen Vertrag mit Blick auf Europa und die Verteidigung der Freiheit keinen Selbstzweck. In seinen Augen dient er der Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen. Strauß hingegen befindet, daß der Aufbruch in Deutschland und Frankreich "als Gnade empfunden und als Sternstunde genutzt" werden muß. Dabei ist das Wort von der Sternstunde seit einem Artikel im Bayernkurier inzwischen zum Symbol der Opposition gegen Erhard's Europa-Politik geworden.

Hierzu fordert Erhard, man müsse an die Einigung Europas mindestens im Rahmen der sechs EWG-Staaten herangehen ohne den Nachsatz "Es kann auch kleiner sein." Wenn man schon vom Fortschritt eines europäischen Bundesstaates abgegangen und zu den Gedanken des Fouchet-Planes oder einer Konföderation gekommen sei, so dürfe man keinen weiteren zentrifugalen Kräften Raum geben. Strauß hingegen will das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Ihm genügt das Bekenntnis und der gute Wille nicht, er will endlich konkrete Ansätze sehen eben in der Nutzung jener Sternstunde.

Da hilft nun alles nichts: Die Unionsparteien sind sich nach München so uneinig wie zuvor und der Streit dürfte in der Präsidiumssitzung der CDU am kommenden Mittwoch mit aller Härte entbrennen. Ob allerdings das Parteipräsidium allein in der Lage ist ihn zu entscheiden, ist angesichts der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Weg nach Europa die Frage und die Forderung des CDU-Abgeordneten Bierbach, man solle trotz der Ferien die Gesamtfraktion zur Entscheidung anrufen, ist zur allzu berechtigt. Nur so kann der Streit verbindlich entschieden und für die künftige Deutschland- und Europapolitik eine gemeinsame Linie gefunden werden, für die die heutige Erklärung des SPD-Präsidiums die geeignete Grundlage darstellt.

Eine Fortsetzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU/CSU aber, womöglich bis zum Ende der Sommerpause, wäre aus dem Grunde von Übel, den der Abgeordnete Prof. Dr. Gutenberg in eben jener 122. Sitzung des Deutschen Bundestages genannt hat (Seite 7079 B): "weil er unsere Freunde an unserer Verantwortlichkeit zweifeln läßt und weil er unserer Gegnern zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß sich der deutsche Kurs einmal ändern könnte."

Die CSU modernisiert sich

Ganz und gar keine Bierkeller-Atmosphäre

W. In der bayerischen Politik hat sich im Laufe von fünfzehn Jahren viel gewandelt. Fern sind die Zeiten, da die Christlich-Soziale Union das Grundgesetz der Bundesrepublik ablehnte und es dann in der Folge doch erduldet, fern die Zeiten, da es noch eine Bayernpartei gab, die eine politische Position in den altbayerischen Gauen darstellte und der man an landestreuere Gesinnung nicht nachstehen durfte. Ja, auf dem Landtagsgebäude, dem Maximilianeum in München, bemerkt man seit kurzem sogar statt der zwei bayerischen Rautentanner nun auch eine schwarz-rot-goldene Bundesfahne. Und das bis dato unbekannte Provinzblättchen der CSU wird nun einen Untertitel erhalten der dartut, daß der "Bayern-Kurier" eine deutsche Zeitung ist.

So entbehrte der Landesparteitag der bayerischen Christlich-Sozialen - bekanntlich kein Anhängsel der CSU - diesmal ganz und gar der urbayerischen Stammeswürze, die auf der vorherigen Landestagung durch den im Freistil ausgetragenen Streit zwischen Franz Josef Strauß und dem Freiherrn von Guttenberg aus dem unerwarteten Munde des Landes ausgetragen wurde. Nein, diesmal hatte die große Show der Landespartei einen betont modernen und weltmännischen Anstrich, Arbeitskreise mit renommierten Fachleuten, auch wenn sie der Partei mehr oder weniger distanziert gegenüberstanden und ganz und gar keine Bierkeller-Atmosphäre, die in der eigentlichen Landespolitik gelegentlich noch zu verapüren ist.

So konnten denn auch die Nebenerscheinungen der bayerischen Landespolitik in der letzten Zeit in den Hintergrund treten. Der Leiter des kulturpolitischen Arbeitskreises, Prof. Th. Maunz, - bis vorgestern Minister - fiel aus. Seine Gesundheit war bekanntlich seit der Vorwoche sehr angegriffen. Vierzehn Jahre seines Lebens hat er dem Dienst für die Demokratie geopfert. Und nun grub man daraus, was er "zur Darstellung" der Rechtsentwicklung im Dritten Reich geschrieben hatte, zu schreiben sich verpflichtet fühlte, wie er bei seinem Abschied der erstaunten Öffentlichkeit bekanntgab. Es stimmte demnach wohl, was Hannah Arendt in ihren "Elementen totalitärer Herrschaft" über diesen republikanisch bayerischen Unterrichtsminister vermerkte, nämlich: "Unter den zahlreichen Juristen, die sich mit großem Enthusiasmus der nationalsozialistischen Idee zur Verfügung stellten, haben nur wenige begriffen, worum es eigentlich ging. Zu ihnen gehört vor allem Theodor Maunz ..."

Seine Demission wurde just zur Eröffnung des Landesparteitags bekanntgegeben und war so ein wenig verdeckt, ein kleiner Zwischenfall. Der LandesparteiSekretär der CSU, Herr Jaumann, hatte allerdings noch kurz zuvor gemeint, man solle doch nicht schon wieder verspätet "entnazifizieren" und damit seinen totalen Mangel an politischem Verständnis für das was tragbar und was untragbar ist, nachdrücklichst dokumentiert. Ebenso wenig konnte man sich auf dieser Tagung der Einigkeit auf der Bühne und des Klügelkampfes hinter den Kulissen mit der Hotelaffäre in Barchtesgaden befassen, die noch keineswegs geklärt erscheint. Die christlich-soziale Landespartei wollte eben diesmal weder Landespolitik betreiben noch persönliche Reibungsflächen sichtbar werden lassen. Sie macht nur deutsche und Weltpolitik, denn nur auf diesem Seleise hofft ihr Landesvorsitzender im fernen Bonn wieder zu jener Geltung zu kommen, die er nach eigenem Urteil beanspruchen kann.

Falsch INFORMiert

Der Ärger mit der Preisbindung

H.B. - INPHO, das offizielle Organ des Deutschen Photo- und Kinobändlerbundes, ist bitterböse auf die SPD. In der Juli-Ausgabe reißt INPHO eine scharfe Attacke auf die sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker, die verlangen, daß die Preisbindung der zweiten Hand ordlich untersagt wird.

"Mit dem SPD-Antrag sind auch die alten Gegner der Preisbindung wieder monter geworden - so die Verbraucherverbände -, die wie ein Kind mit einem Rasiermesser mit ihren Argumenten herumhantieren und mit ihren Subventionen aus unseren Steuergeldern schon manchen Unfug anrichten konnten." So "sachlich" informiert INPHO den deutschen Fotofachhandel, der sich bekanntlich zu einem nicht geringen Teil längst nicht mehr an die Preisbindung hält, weil die deutschen Fotoerzeugnisse im Ausland vielfach weitaus billiger offeriert werden als im Inland. INPHO würde gut daran tun, sich einmal bei den Fachkollegen an der Schweizer Grenze zu erkundigen ...

Aber die Düsseldorfer "Informanten" tragen in INPHO noch dicker auf. "Wenn es der SPD gelingt, die CDU auf das Glätteis Preisbindungsverbot zu locken, dann dürfte sie erreicht haben, die CDU um eine große Anhängererschär in Mittelstandskreisen zu schwächen, ohne selbst in eigenen Reihen dafür Federn lassen zu müssen. Gar nicht so schlecht ausgedacht, zumal sich so treffliche Schlagworte finden lassen wie

zum Wohl der Verbraucher
die Preise werden dadurch gesenkt
die Markttransparenz wird besser

und was es noch alles an schönen Thesen gibt, die zwar werblich dekolativ sind, aber leider nicht den Tatsachen entsprechen."

Zum Kronzeugen dafür, daß durch ein Verbot der Preisbindung die Preise für Konsumgüter keineswegs auf der ganzen Linie fallen werden, wird die "Welt" vom 3. Juni 1964 zitiert. Dort hatte Werner Lichey gemeint, wer solche Hoffnungen bei den Verbrauchern nähre - die Preise könnten sinken - müsse es beweisen ...

Nun, weder INPHO noch dem "Welt"-Artikler wird entgangen sein, was sich in diesen Tagen auf dem Süßwaren-, Schaumwein- und Spirituosenmarkt abspielt. Ob dort nicht doch jene Beweise geliefert wurden, die INPHO und Werner Lichey so sehr gewünscht haben?

Sowjetische Offensive an der Abrüstungskonferenz

Von Pierre Simonitsch, Genf

Nicht zufällig ist einer der geschicktesten sowjetischen Diplomaten, Vizeaußenminister Valerian Sorin, zur Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz nach Genf beordert worden. Die sowjetische Delegation hat nunmehr in den letzten Verhandlungstagen aus ihren alten Positionen heraus zu einer verführerischen Attacke auf die westlichen Verteidigungsgrundsätze angesetzt.

So hat die Sowjetunion überraschend in der Kernfrage der Abrüstung, nämlich bezüglich der Modalitäten eines rationellen Abbaus der Atomwaffen, ein wichtiges Zugeständnis gemacht. Bisher waren die Fronten insofern erstarrt, als die Westmächte für eine prozentuelle Abrüstung in drei Stappen eintraten (30 Prozent, 35 Prozent, 55 Prozent), während der Ostblock auf dem "Gromyko-Plan" verbarriere, nämlich zuerst einmal alle Atomwaffen bis auf einen sogenannten "nuklearen Schirm" auf beiden Seiten, der so bescheiden wie möglich sein sollte, zu vernichten seien. Ein britischer Vorschlag zur Schaffung von Expertengruppen, welche die Streitfragen nach rein technischen Erwägungen prüfen sollten, wurde von den Russen immer als Zeitverschwendung hingestellt.

Als nützlich empfunden

Von einem Tag auf den anderen wurde die Schaffung dieser Expertengruppe auch von der sowjetischen Delegation als nützlich empfunden - unter der Bedingung, daß sie sich mit dem Gromyko-Plan beschäftigen. Mit einem Gromyko-Plan allerdings, der mit dem Vorschlag des sowjetischen Außenministers vor den Vereinten Nationen nur mehr den Namen gemeinsam hat. Sorin erklärte, daß die Sowjetunion wohl auf dem Prinzip eines "nuklearen Schirms" bestünde. Betreffend dessen Größenordnung und Beschaffenheit jedoch zu detaillierten Verhandlungen bereit wäre. Auch in den Fragen der Abrüstungsprozedur würde seine Regierung den Wünschen der Amerikaner entgegenkommen. Nachdem Chruschtschow im Verlauf seiner Skandinavienreise bereits die atomare Überlegenheit der Amerikaner zugegeben und das Kräfteverhältnis mit 3 : 1 bemessen hatte, erklärte auch Sorin in Genf, warum die Sowjetunion den amerikanischen Vorschlag einer prozentuellen Abrüstung nicht annehmen könne: Dieses Verhältnis von 3 : 1 bliebe während des gesamten Abrüstungsprozesses bestehen und würde besonders gegen Ende das jetzige relative Kräftegleichgewicht - welches durch den Überschuss auf beiden Seiten gefährdet ist - empfindlich zugunsten der Sowjetunion stören.

Gründliches Studium zugesichert

Diese Logik läßt die recht an der Abrüstungskonferenz vertretenen neutralen Staaten und die Beobachter nicht unbeeindruckt. Der amerikanische Chefdelegierte William Foster versprach, das letzte sowjetische Dokument ausführlich zu studieren. Dennoch ist kaum der

mit zu rechnen, daß sich die Vereinigten Staaten vor den Präsidentschaftswahlen in dieser Richtung engagieren werden, denn jede reale Abrüstungsinitiative würde den rechtsextremen Kreisen die Möglichkeit bieten, Präsident Johnson der Schwächung des Verteidigungswillens zu beschuldigen.

Auch in den sogenannten kollateralen Abrüstungsmaßnahmen, die an und für sich nur den Status quo garantieren und den Rüstungsstillstand Einhalt gebieten sollen, versteht es die Sowjetdiplomatie geschickt zu manövrieren. Moskau macht den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen und technischen Kenntnissen an andere Staaten weiterhin vom Falllassen des Plans einer multilateralen NATO-Streitmacht abhängig. Nach russischer Ansicht würde dieses Projekt auf indirekte Weise der Bundeswehr die Atombombe geradezu in die Hand drücken. Die westlichen Delegationen dagegen machen geltend, daß kein einzelnes Land diese Atomstreitmacht für seine nationalen Ziele einsetzen könne.

Herrn Gie N.L.F.

In einer 15 Seiten langen Rede und unter Zuhilfenahme von Erasmus von Rotterdam, Kennedy, Johnson, des norwegischen Außenministers Lange und des amerikanischen McInnes-Sekretes versuchte der sowjetische Vizeausserminister die Unvereinbarkeit der multilateralen NATO-Streitmacht mit den Prinzipien der Nichtweitergabe von Atomwaffen zu beweisen. Laut Sorin muß verhindert werden, daß die "westdeutschen Revanchisten", sowie alle anderen Feinde des Friedens, an die Atombombe gelangen. Mehrere Indizien in der gleichen Rede deuten darauf hin, daß er unter die anderen Feinde des Friedens auch China einreicht. Mit anderen Worten: Wir haben Peking keine Atomwaffen geliefert, geht ihr auch Bonn keine.

So massiv die Angriffe gegen die Bundesrepublik in deutschen Ohren auch klingen mögen - es darf nicht vergessen werden, daß Befürchtungen eines Wiedererwachens des deutschen Militarismus im Ausland noch immer bestehen. Andererseits visiert Moskau mit der Attacke gegen die geplante multilaterale Streitmacht auf eine ziemlich verwundbare Stelle, denn die Mehrzahl der NATO-Länder sind selbst nicht sehr scharmfroh darauf. De Gaulle, der seine Präsenz von der eigenen "Force de frappe" in die Tat umsetzt, hat bereits abgelehnt und zumindest Großbritannien, Italien, Holland und Norwegen hegen Zweifel am militärischen Wert einer vereinigten NATO-Flotte von "Polaris"-Unterseebooten.